

gebenen
berg und
Nov.
en 20 bis
e 30-40;
at 6 bis
-6; Wlu-
tilo 30;
ude 7 bis
Tomaten
Spinat 20
Börsen- und
stlichen Ber-
Hof
Salzw
eumehl
ags.
skstelle.
l,
lter,
leln,
w.
eren
ng durch
r. 1868
1,
und Um-
träge an
aren
Land-
Calwer
enn Sie
wollen.
ung
7.50
9.50
12.—
13.50
13.50
8.—
10.50
5.—
5.80
9.90
8.—
7.20
12.—
27.—
me
alw.

Erscheinungsweise:
Täglich mit Ausnahme
der Sonn- und Festtage

Anzeigenpreis:
a) im Anzeigentext:
die Zeile 15 Goldpfennige
b) im Reklametext:
die Zeile 50 Goldpfennige

Auf Sammelanzeigen
kommen 50% Zuschlag

Für Platzvorschriften
kann keine Gewähr
abernommen werden

Gerechtfertigt für beide Teile
ist Calw.



Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Calw.

Bezugspreis:
In der Stadt 40 Goldpfennige
wöchentlich mit Trägerlohn
Post-Bezugspreis 40 Gold-
pfennige ohne Bestellgeld

Schluss der Anzeigen-
annahme 8 Uhr vormittags

In Fällen höherer Gewalt
besteht kein Anspruch auf Lieferung
der Zeitung oder auf Rückzahlung
des Bezugspreises

Sernsprecher Nr. 9

Verantwortl. Schriftleitung:
Friedrich Hans Schuele
Druck und Verlag
der A. Oelschläger'schen
Buchdruckerei.

Die Wirtschaftsverhandlungen mit Polen

Optimismus des polnischen Handelsministers

U. Berlin, 8. Nov. Wie die T. A. erfährt, wird der polnische Bevollmächtigte für die deutsch-polnischen Wirtschaftsverhandlungen, J a k o w s k i, heute abend in Berlin eintreffen.

Das „Berl. Tageblatt“ veröffentlicht eine Unterredung des Warschauer Vertreters mit dem polnischen Handelsminister K w i a t k o w s k i über die deutsch-polnischen Handelsbeziehungen und die Aussichten für den Abschluß eines Handelsvertrags zwischen den beiden Staaten.

Der Minister erklärte u. a., er sehe im allgemeinen keine weitgehenden und unüberbrückbaren Schwierigkeiten, ein normales wirtschaftliches Vertragsverhältnis zwischen Polen und Deutschland herzustellen. Hinsichtlich der polnischen Verordnung über die Maximalzölle, meinte der Minister, daß die Maximalzölle, wenn man sie objektiv betrachte, keinesfalls die Verständigung stören könnten. Eine ganze Reihe von Staaten bediene sich dieser Zölle, zu denen sich Polen schon grundsätzlich vor dem deutsch-polnischen Zollkrieg bekannt habe. Selbstverständlich werde das Zustandekommen eines Kontingentvertrages oder der gegenseitige Verzicht auf Maximalzölle nicht genügen, um die Wirksamkeit der polnischen Verordnung in dem betreffenden Falle auszuheben. Ueber die Aussichten für den Abschluß eines deutsch-polnischen Handelsvertrages äußerte sich der Minister sehr optimistisch. Er wies darauf hin, daß die polnische Regierung in Erwartung des Handelsvertrages bereits die Möglichkeit verringert der Zolleinnahmen in ihrem Budget vorgesehen habe.

Die feindliche Haltung Polens gegen das Deutschtum

Polnische Militärgrenzwachen in Oberschlesien.

U. Warschau, 8. Nov. Wie aus amtlicher Quelle verlautet, beabsichtigt die polnische Regierung an der deutsch-

polnischen Grenze in Oberschlesien militärische Grenzposten einzurichten. Bisher wurde nur die polnische Ostgrenze militärisch bewacht, während an der Westgrenze Zollbeamte diesen Dienst versehen. Eine entsprechende Gesetzesvorlage ist bereits in Vorbereitung.

Ein deutscher Sejmabgeordneter überfallen und mißhandelt.

U. Katowitz, 8. Nov. Am Sonntagnachmittag hielt die Deutsche katholische Volkspartei in Giraltowitz eine Delegiertenversammlung ab, wobei der Abg. Franz das Hauptreferat hielt. Als er in seiner Rede anknüpfend an die Worte des Sonntags-Evangeliums „Gebet Gott was Gottes ist und dem Kaiser, was des Kaisers ist“ die Mitglieder ermahnte, stets Loyalität gegen den polnischen Staat zu üben, sprangen plötzlich aus der Versammlung mehrere Banditen mit Gummiknüppeln und den Ausrufen: „Wir werden dir den Kaiser geben“ auf den Abgeordneten zu. Der Abgeordnete wehrte sich gegen die Angriffe und es gelang ihm schließlich, auf die Straße zu kommen. Dort wurde er erneut von mehreren Banditen umringt, die mit Gummiknüppeln, Stöcken und Schlagringen solange auf ihn einschlugen, bis er bewußtlos zusammenbrach.

Nach vieler Mühe gelang es dem Ueberfallenen, seinen Wagen zu erreichen. Es muß als ein Wunder bezeichnet werden, daß der Abgeordnete nicht toteschlagen worden ist. Allein am Kopf befinden sich drei große Wunden. Es ist dies ein neuer Fall unerhörter Bestialität gegen die deutsche Minderheit. Es gibt wohl jetzt keinen deutschen Abgeordneten mehr in Polnisch-Oberschlesien, der nicht schon einmal von polnischen Banditen überfallen worden wäre.

Bandenüberfall an der polnisch-russischen Grenze.

U. Berlin, 8. Nov. Wie die Blätter aus Warschau melden, überfiel an der polnisch-russischen Grenze eine 20-köpfige russische Bande drei Gehöfte, ermordete 9 ihrer Bewohner und verletzte 17 andere durch Revolvergeschüsse und Messerstiche. Erst nach einem lebhaften Feuergefecht gelang es einer polnischen Grenzposten, die Bande über die Grenze zurückzutreiben.

Forderungen des Reichslandbundes

Verwaltungsreform und Reichsland-Idee

U. Berlin, 8. Nov. Gestern wurde im großen Saal des Bundeshauses die diesjährige Führertagung des Reichslandbundes eröffnet. Der Präsident begrüßte die Gäste und sprach dann über die Aufgaben der Tagung. Die Gesamt-erörterung sei unter den Leitgedanken gestellt:

Bege und Möglichkeiten zur Rationalisierung des Verhältnisses von Reich und Ländern

zu finden.

Als erster Redner der Tagung führte Oberregierungsrat A d a m e s zu dem Thema „Unterjochung der verwaltungsrechtlichen Möglichkeiten im Rahmen der Weimarer Verfassung“ u. a. aus: Wenn Deutschland jetzt nicht bald selbst Ordnung im eigenen Hause mache, drohe die Finanzkontrolle des Auslandes, die in der Praxis mit dem letzten Schritt des Reparationsagenten Parker Gilbert schon jetzt, wenn auch vorläufig noch vorsichtig, begonnen habe. Adameg ging auf die

Verwaltungsreform

ein. Die ausschließlichen Kompetenzen des Reiches bei der Reform seien gering. Auf vielen Gebieten haben die Länder das Recht, Gesetze zu erlassen, solange es das Reich nicht tut, oder sie können die Gesetze des Reiches ergänzen und Ausführungsbestimmungen erlassen. Andererseits hat das Reich wieder das Recht, auf Grund des Art. 9 bis 11 der Reichsverfassung im Bedarfsfalle Kompetenzen an sich zu reißen. Die Verwaltung der Ausgaben des Reiches führten grundsätzlich die Behörden der Länder durch. Das Reich habe aber auf Grund seines Anweisungs- und Aufsichtsrechts außerdem einen eigenen Behördenunterbau zu schaffen. Daß Deutschland viel zu viel Behörden haben müßte, gehe schon daraus hervor, daß auf Anordnung des Reichsfinanzministers alle Anträge auf Befreiung der Auslandsanleihen von der Kapitalertragsteuer in 16 Exemplaren eingereicht werden müßten. Da die meisten neuen Behörden infolge der unglücklichen Verhältnisse nach 1914 in den Zentralinstanzen in Berlin entstanden seien, müsse auch hier mit einem Abbau begonnen werden. Daß auch in den

Ländern zuviel Behörden vorhanden seien, darüber gebe es wohl keinen Zweifel. Staatsausgaben müßten in stärkerem Maße auf die Selbstverwaltungskörper übertragen werden. Ebenso notwendig sei eine Zusammenlegung von leistungsschwachen Landkreisen. Bei einer Prüfung der Sparergebnisse einer Verwaltungsreform ergebe sich die Tatsache, daß nur die mittelbaren Ersparnisse sehr beträchtlich sein würden. Eine Verwaltungsreform sei aber ohne eine großartige Verfassungsreform undenkbar.

Für Deutschland komme nur ein vernünftig gegliederter Einheitsstaat mit weitgehender Selbstverwaltung der einzelnen Reichsteile in Frage.

Landrat Dr. Kitz-Düsseldorf führte in einer Untersuchung der „verfassungsrechtlichen Möglichkeiten durch Weiterentwicklung der jetzigen Reichsverfassung“ aus, daß die notwendige Verfassungsreform zuerst bei dem Nebeneinander zweier Großregierungen, Reich und Preußen, und bei dem unzeitgemäßen Fortbestehen der nicht mehr existenzberechtigten Kleinständer und der 128 Enklaven einzusetzen habe. Durch möglichen Anschluß der den Anschluß wünschenden und der aus eigener Kraft nicht lebensfähigen Kleinen Länder an ein Reichsland Preußen sei die auch noch heute bestehende Kleinstaaterei zu beseitigen. In ruhiger Fortentwicklung könnte dann das Reichsland durch Ausbau der provinziellen Selbstverwaltung aufgelockert werden und durch die noch selbständigen Länder für die gesunden Werte gewonnen werden, die im Föderalismus stecken. Eine Verfassungsbestimmung folgenden Inhalts sei am Platze: Der Anschluß von Ländern an das Reichsland muß erfolgen, wenn die Mehrheit der Landesabgeordneten es wünscht. Der Anschluß kann erfolgen, wenn ein Drittel der Landesabgeordneten den Anschluß wünscht und das Reichsinteresse den Anschluß verlangt. Im letzteren Fall müssen zwei Drittel der Reichstagsabgeordneten dem Anschluß zustimmen. Die zukünftige Regelung müsse dahin gehen, daß das Reichsland Preußen die volle Stimmenzahl im Reichsrat erhalte, die ihm nach seiner Einwohnerzahl zukomme. Die süddeutschen Staaten brauchten ihre Erdrückung im Reichsrat nicht zu befürchten, da die Provinzialvertreter des Reichslandes

Tages-Spiegel

Der polnische Bevollmächtigte für die Handelsvertragsverhandlungen trifft heute in Berlin ein; die Verhandlungen werden alsbald aufgenommen werden.

Bei den deutsch-polnischen Vertragsverhandlungen wird das Schweinekontingent eine ähnliche Rolle spielen, wie das Weinkontingent im Handelsvertrag mit Frankreich.

Auf einer Führertagung des Reichslandbundes wurden die Wege und Möglichkeiten zur Rationalisierung des Verhältnisses zwischen Reich und Ländern untersucht.

Dr. Koch-Beser bezeichnete den Einheitsstaat als einzige Möglichkeit zur Ueberwindung der Finanzschwierigkeiten.

Die Veröffentlichung der Denkschrift Parker Gilberts brachte an der Börse scharfe Kursrückgänge.

Der südslawische Außenminister wird sich zur Unterzeichnung des Freundschaftsvertrages mit Frankreich nach Paris begeben.

für ihre Provinz unbehindert stimmen könnten. Die Reichslandidee erhalte noch eine besondere Zukunftsbedeutung durch den Anschluß Oesterreichs.

Washington und das Memorandum des Reparationsagenten

U. Newyork, 8. Nov. Washingtoner Meldungen bestätigen, daß die Ueberreichung der Denkschrift Parker Gilberts an die Reichsregierung in Uebereinkimmung mit den Ansichten des Staatsdepartements und insbesondere des Schatzamtes erfolgt sei. Besonders vertrete man in Washington den Standpunkt des Reparationsagenten bezüglich der Mahnung zu größerer Sparsamkeit.

Staatssekretär Mellon, der während einer Pressekonferenz über seine Ansicht über das Memorandum des Reparationsagenten befragt wurde, erklärte, das Memorandum spreche für sich selbst; die Kritik Parker Gilberts sei in erster Linie gegen staatliche und kommunale Anleihen zu unproduktiven Zwecken gerichtet. Es liege in Deutschlands eigenstem Interesse, so sparsam wie möglich zu wirtschaften, damit es sich gegen den Vorwurf schützen könne, nicht alle erforderlichen und möglichen Anstrengungen zur Erfüllung seiner Verpflichtungen gemacht zu haben.

Vor dem Abschluß des französisch-südslawischen Handelsvertrages

Marinkowitsch zur Vertragsunterzeichnung bevollmächtigt.

U. Belgrad, 8. Nov. Außenminister M a r i n k o w i t s c h hat gestern vom König die Vollmacht zur Unterzeichnung des französisch-südslawischen Freundschaftsvertrages erhalten. Heute nachmittag wird Marinkowitsch nach Paris abreisen, wo er am Donnerstag eintrifft. Die Unterzeichnung des Vertrages soll am Samstag nachmittag oder Sonntag vormittag erfolgen.

Der Vertrag wird erst nach Registrierung durch den Völkerbund veröffentlicht werden. Sein Wortlaut entspricht jedoch, wie bereits jetzt bekannt wird, eher dem französisch-schlesisch-polnischen Vertrag als dem französisch-rumänischen und bedeutet nicht nur einen Freundschafts- und Schiedsgerichtsvertrag, sondern gleichzeitig ein Defensivabkommen.

Rintschitsch über den Abschluß des Vertrages.

Belgrad, 8. Nov. Der frühere südslawische Außenminister R i n t s c h i t s c h äußerte sich gestern Pressevertretern gegenüber über den Abschluß des französisch-südslawischen Vertrages. Rintschitsch erklärte u. a., seine ursprüngliche Idee sei der Abschluß eines Paktes zwischen Frankreich, Italien und Südslawien nach dem Muster der Locarnoverträge gewesen. Da dies jedoch nicht gelungen sei, sei der Vertrag mit Frankreich ausgearbeitet worden. Es wäre bedauerlich, wenn dieser Vertrag in Italien nicht verstanden würde. Schon aus dem durch die französischen Blätter veröffentlichten Inhalt sei ersichtlich, daß der Vertrag mit Frankreich sich nicht im geringsten gegen Italien richtet. Der Gedanke des Abschlusses eines Freundschaftsvertrages mit Italien brauche trotzdem nicht aufgegeben zu werden; seine Verwirklichung wäre für die gesamte Lage in Europa von großer Bedeutung.

Der Schriftwechsel mit dem Reparationsagenten

Die Antwort der Reichsregierung

In der Einleitung der deutschen Antwort wird hervorgehoben, daß die Reichsregierung sich mit dem Generalagenten darüber einig sei, daß das Memorandum als Anlaß zu einem freimütigen Meinungsaustausch angesehen werden müsse, der sich aus der Notwendigkeit vertrauensvoller Zusammenarbeit ergebe. Der Generalagent sehe die Dinge in erster Linie vom wirtschaftlichen und finanziellen Gesichtspunkt aus. Eine solche Einstellung erfordere jedoch die Feststellung, daß diese nicht immer vollständig sein könne und für eine fehlerlose Beurteilung nicht ausreiche. Die Reichsregierung habe seit dem Inkrafttreten des Planes alles getan, um den Zahlungen aus dem Plan den Charakter der vertraglich angenommenen Lieferungen zu erhalten, mit dem Ergebnis, daß

keine Lieferung unterblieben, keine Verpflichtung unerfüllt geblieben

sei. Die Erfüllung des Sachverständigenplanes auf dieser Grundlage weiterzuführen, werde das Ziel auch der künftigen Zusammenarbeiten der Reichsregierung mit den Finanzern der Gläubigerländer sein.

Der Sachverständigenplan habe die Zeit bis zum Beginn des Reparationsjahres 1923-29 als Atempause zur Wiederherstellung der Wirtschaft bezeichnet und vorausgesehen, daß zur Wiederherstellung der Wirtschaft ausländische Kredite herangezogen würden. Die deutsche Wirtschaft habe seit der Stabilisierung mit Kräften an ihrem Wiederaufbau gearbeitet, und die aus dem In- und Ausland zugeflossenen Gelder seien rationell verwendet worden. Diese Wiederaufbauarbeit habe es ermöglicht, 1.500.000 Menschen, die zu Anfang des Jahres noch arbeitslos gewesen seien, wieder in den Arbeitsprozeß einzuführen. Die Eigenkapitalbildung Deutschlands sei auch nicht unbedeutend, wie sich aus den Beständen der Sparkassen und Gesamtsparbanken ergebe. Jedoch habe die Kapitalbildung in Deutschland nicht ausgereicht, so daß erhebliche Summen an Auslandskapitalen erforderlich gewesen seien.

Die Höhe der Verschuldung sei gegenüber der Größe der dafür geschaffenen Leistung in der Produktivität und den geschaffenen Anlagen nicht beunruhigend.

Kurzfristigen Anleihekrediten werde durch möglichst baldige Konsolidierung ihre beunruhigende Wirkung genommen werden. Die Reichsregierung habe unter Hinzuziehung des Reichsbankpräsidenten und im Zusammenwirken mit Ländern und Gemeinden hierin vorbereitende Schritte bereits getan. Deutschland habe seit der Stabilisierung seine Ausfuhr ständig steigern können und zwar im Monatsdurchschnitt von 1924 gleich 428 Millionen auf 602 Millionen im September 1927. Die Fertigwarenausfuhr steigerte sich von 833 Millionen im Monatsdurchschnitt des Jahres 1924 auf 446 Millionen im Jahre 1927. Im September betrug die Fertigwarenausfuhr 502 Millionen. Die zu starke Expansionswirtschaft sei nur zum geringsten Teil auf Maßnahmen der öffentlichen Hand zurückzuführen. Die Auslandsanleihen und Auslandskredite der öffentlichen Hand hätten angesichts der Größe, in der sich die Werte der deutschen Wirtschaft bewegen, jedenfalls nicht maßgebliche Bedeutung für einen künftigen Antriebe der deutschen Wirtschaft gehabt.

Die Aufmerksamkeit der deutschen Regierung sei stets auf die Entwicklung der Konjunktur gerichtet gewesen, um die Erhaltung eines stabilen Preisniveaus zu ermöglichen. Unter den

Maßnahmen zur Förderung des Exports

sei die Gewährung von Exportkrediten und die Einführung der Exportkreditversicherung anzuführen, die die Reichsregierung im Rahmen des finanziell Möglichen ausgebaut habe. Die Reichsregierung betreibe ferner mit Nachdruck die Vervollständigung ihres Handelsvertragsystems. Mit Frankreich sei dies bereits erfolgreich geschehen und auch mit Polen und der Tschechoslowakei werde der Abschluß deutscher Verträge angestrebt. Weiter habe sie eine Aktion autonomer Zollsenkung in die Wege geleitet, um auch von dieser Seite her eine Veränderung des deutschen Preisniveaus zu verhindern. Die Auswirkung dieser Maßnahmen auf die deutsche Ausfuhr hänge aber davon ab, in welchem Umfange die Hauptgläubigerländer Deutschlands sich geneigt zeigen, ihrerseits eine vernünftige Handelspolitik zu betreiben und den deutschen Waren ihre Märkte zu öffnen. Einfuhrersparungen in der verschiedensten Form hinderten die deutsche Ausfuhr. Zum Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft gehöre auch die Erhaltung und Stärkung der deutschen Arbeitskraft, so daß man die Ausgaben für die deutsche Sozialpolitik als produktiv bezeichnen könne.

Die Ausführungen des Generalagenten zu dem Problem der deutschen Kredit- und Währungs politik richteten sich an die Adresse der Reichsbank, die eigene Verantwortung trüge. Zwischen der Reichsbank und den in Betracht kommenden Stellen seien Vereinbarungen über gemeinsame Führung der Geldwirtschaft wenigstens teilweise zustande gekommen.

Zu der Frage der Finanzpolitik des Reiches übergehend betont die Antwort sodann, daß auch für den Wiederaufbau der öffentlichen Wirtschaft Maßnahmen außerordentlicher Art erforderlich seien. Die Reichsregierung strebe seit langem die Herbeiführung der Klarheit über die sich daraus ergebenden Fragen an. Hierzu gehöre auch die Frage der Entschädigung der Liquidationsgeschädigten, wie die Besoldungsreform. Bei der

Finanzgebarung des Reiches müsse berücksichtigt werden, daß die gesamten Kriegskosten

Deutschlands nämlich die Reparationslasten einschließlich sämtlicher inneren Verpflichtungen, die das Reich als direkte Kriegsschuld einsehen müßte, im Jahre 1927 allein 3,5 Milliarden Reichsmark erfordert hätten, also nahezu 2 Drittel der gesamten ordentlichen Ausgaben bzw. mehr als die Hälfte der Gesamtausgaben des Reiches. Die Steigerung der Gesamtausgaben von 1925 auf 1927 beruhe in der Hauptsache auf erhöhten Reparationszahlungen, auf den Kosten der Sozialversicherung, der Erwerbslosenfürsorge, und der Versorgung der Kriegsbeschädigten und auf der Reichsschuld. Die Ausgabesteigerung bei diesen Posten allein mache 1500 Millionen Reichsmark aus, also mehr, als die Steigerung der Gesamtausgaben nach Abzug der Ueberweisungen beträgt. Im ordentlichen Haushalt erforderten die Kriegskosten rund 2,9 Milliarden von den 5,8 Milliarden des ordentlichen Haushaltes des Reiches. Der Haushalt für 1928 sei im übrigen in den Gesichtspunkten dringender Sparbarkeit aufgestellt. Was die Frage der außerordentlichen Ausgaben anbetreffe, so schließe sich die Reichsregierung rückhaltlos der Auffassung des Generalagenten an, daß sie in der Tat eine schwere Sorge für die weitere Finanzgebarung sei. Es bedürfe grundlegender Maßnahmen, um den Anleihebetrag des Reiches nicht weiter anwachsen zu lassen. Es sei die Absicht der Reichsregierung für das Jahr 1928, eine Vermehrung der Anleihen nach Möglichkeit zu verhindern.

Im weiteren Verlauf seiner Antwort geht der Reichsfinanzminister sodann auf die finanzpolitische Bedeutung der kommenden großen Gesetzentwürfe

ein.

1. Bezüglich der Besoldungsreform stellt er fest, daß diese zweifellos nicht unbeträchtliche Mittel erfordere, doch seien diese nicht unwesentlich geringer, als in der Öffentlichkeit angenommen werde. Für die deutschen Beamten belaufen sie sich auf 1250 Millionen Reichsmark. Von diesem Gesamtbetrag entfallen 300 Millionen auf das Reich. Bei dieser Summe dürfe jedoch nicht vergessen werden, daß der kleinere Teil für die Beamtenbesoldung in Frage komme, während der größere Teil, etwa 170 Millionen Reichsmark, für die Kriegsoffer bestimmt sei. Ferner müsse darauf hingewiesen werden, daß gerade hierin ganz andere Gesichtspunkte mit zu entscheiden haben. Die Notwendigkeit der Erhöhung gegenüber der jetzigen anerkanntermaßen völlig unzureichenden Besoldung ergebe sich aus staatspolitischen Erwägungen. Die Wiederaufbauarbeit würde gefährdet sein, wenn der Staat dem am schwersten betroffenen Teil seiner Bevölkerung nicht einmal das geben könne, was ihn vor der Not bewahre.

Mit der Reichsregierung seien alle Kreise der deutschen Wirtschaft sich darin einig, daß es für Deutschland keine schlimmere Hemmung in der Wiederaufbauarbeit geben könne als das Herabgleiten der durch ihre Pflichterfüllung und Unbestechlichkeit bekannten deutschen Beamtenschaft in einen Zustand der Unzuverlässigkeit.

Die für das laufende Rechnungsjahr erforderlichen Mittel würden durch Ersparnisse zur Verfügung stehen, die sich auf dem Gebiet der Erwerbslosenfürsorge und aus der Verbesserung der deutschen Wirtschaft ergeben hätten. Für die Länder und Gemeinden liege die Frage ungleichmäßig. Weder eine Erhöhung der Steuerlasten noch eine Erhöhung der Tarife der Reichspostverwaltung und Reichsbahn kämen zu dieser Deduktion der Ausgaben in Frage. Wie das Reich würden auch Länder und Gemeinden sich dem Zwange der wirtschaftlichen Entwicklung nicht entziehen können, der zu strenger Zusammenfassung aller Kräfte nötige. Was das Reich und das Zusammenarbeiten des Reiches mit den Ländern betrafte, seien weitgehende Vereinfachungen bereits erzielt worden. Die Vereinfachung der Verwaltung der Länder und Gemeinden selbst sei in Angriff genommen worden. Bei der Verknüpfung dieser Dinge mit den staatsrechtlichen Aufgaben des Deutschen Reiches entständen Schwierigkeiten, die nicht lediglich mit dem Hinweis auf das finanziell Zweckmäßige beiseite geschoben werden könnten.

2. Bezüglich des Kriegsschadenschuldenengesetzes sei zu bemerken, daß hierzu weder eine ungehörliche Beanspruchung des Kapitalmarktes noch des Steuerzahlers beabsichtigt sei. Nur soweit die Zinsen und der Verkaufserlös der Vorzugsaktien der Reichsbahngesellschaft nicht in Frage stünden, kämen für verhältnismäßig niedrige Spitzenbeträge die Beanspruchung laufender Haushaltsmittel in Betracht. Der Gesetzentwurf sei im übrigen eine Folge der Maßnahmen von Deutschlands früheren Kriegsgegnern und den Bestimmungen des Versailler Vertrages.

3. Bezüglich des Schulgesetzes betont der Reichsfinanzminister, daß die Kosten des vorgeschlagenen Schulgesetzes in der nächsten Zukunft überhaupt keine Rolle spielen. Für die ersten drei Jahre trete eine Mehrbelastung keinesfalls ein. Nach diesem Zeitraum sei es eine Frage der praktischen Durchführung, wieweit sich Kosten ergeben und wie hoch sie sein würden.

Die Folgerungen des Memorandums betreffend die Auswirkung der Mehrausgaben für die drei Gesetze vermöge die Reichsregierung somit nicht anzuerkennen. Sie glaube dargetan zu haben, daß eine Bedrohung des Grundgesetzes des Haushaltsgleichgewichts, den sie mit dem Generalagenten für den Eckstein des Sachverständigenplanes halte, in keiner Weise zu befürchten sei. Innerhalb des Haushaltes sei

die Anbringung der Reparationslasten durch die verpfändeten Einnahmen mehr als reichlich gedeckt. Abschließend stellt der Reichsfinanzminister fest, daß die

Reichsregierung nach wie vor bestrebt sei, den Reparationsplan loyal zu erproben. Nach den gegebenen Aufklärungen werde auch für den Außenstehenden der Eindruck sich nicht rechtfertigen lassen, als ob Deutschland auf seine Reparationsverpflichtungen keine gebührende Rücksicht genommen habe und als ob die deutsche Finanzpolitik im letzten Jahre nicht im Interesse der deutschen Reparationsverpflichtungen geführt worden sei. Die Reichsregierung stelle somit fest, daß sie die Möglichkeit des Transfers niemals künstlich beeinträchtigt habe, sie weise auch den Gedanken von sich, es je künstlich zu tun.

Das Echo des Gilbert-Memorandums im Ausland

Die Pariser Sonntagspresse veröffentlicht das Gilbert-Memorandum und die deutsche Antwort vollständig oder bringt zum mindesten ausführliche Auszüge. Der „Matin“ nennt den Dokumentenwechsel einen politischen Akt von höchster Bedeutung. Es sei einer der Vorteile des Dawesplanes, daß er durch direkte Verhandlungen loyale und unerläßliche Auseinandersetzungen zwischen Deutschland und den interessierten Mächten gestalte, ohne daß wie in der Vergangenheit zu Konferenzen Zuflucht genommen werden müßte. Das linksgerichtete „Deuvre“ begrüßt, daß der Reparationsagent mit solcher Autorität seine Warnung habe erteilen können und daß Deutschland sie ohne Uebelnehmen aufgenommen habe. Der „Quotidien“ gibt der Befürchtung Ausdruck, daß trotz des guten Willens Deutschland nicht mehr lange die vorgeesehenen Zahlungen selbst in der Form von Naturalleistungen vornehmen könne. Auch die Gläubiger könnten nicht lange mehr ohne ernste Gefahr den Warentransfer aufnehmen. Wenn nicht an die Revision des Dawesplanes, so müsse doch an die Festigung einer Geltungsdauer gedacht werden. Um den Dawesplan spiele sich die wirtschaftliche und diplomatische Zukunft Deutschlands und der Welt ab. Der „Avenir“ verzeichnet im Anschluß an den Dokumentenaustausch Gerüchte über eine Kreditaktion zugunsten Sowjetrußlands und meint, Deutschland habe also nicht auf die Kapitalpolitik verzichtet und sehe weiterhin in Rußland den wirtschaftlichen und politischen Verbündeten, der ihm eines Tages als Gegengewicht gegen die Westmächte und trotz deren Veto zur Wiedererringung seiner vollen Bewegungsfreiheit dienen sollte.

Die englischen Sonntagsblätter beschränken sich einstweilen auf die Veröffentlichung von Auszügen aus dem Gilbert-Memorandum und der deutschen Antwort. Kritische Kommentare fehlen wegen der Kürze der Zeit noch, doch kommt in den Überschriften, wie z. B. „Rann Deutschland zahlen?“ bereits die etwas unsichere Einstellung zu der ganzen Frage zum Ausdruck.

Das Memorandum Pariser Gilberts und die deutsche Antwort bilden die Sensation der amerikanischen Sonntagsblätter, die viele Spalten mit Berichten hierüber füllen. Man wird jedoch dem Standpunkt Deutschlands keineswegs gerecht, was bereits in den Überschriften und den einleitenden Deutschlands Finanzgebarung kritisierenden Sätzen zum Ausdruck kommt. Zudem wird das Gilbert-Memorandum im Wortlaut veröffentlicht, während der deutschen Antwort nur wenig Platz eingeräumt wird.

Die Einzelberatung des Reichsschulgesetzes

Aus dem Bildungsausschuß des Reichstages.

II. Berlin, 7. Nov. Der Bildungsausschuß des Reichstages setzte am Samstag die Einzelberatung des Reichsschulgesetzes beim § 1 fort. Abg. Rheinländer (Str.) vertrat die Auffassung, daß das Erziehungsrecht in erster Linie Sache der Eltern sei. Aus dem Art. 120 der Reichsverfassung könne allerdings kein besonderes Recht der Eltern auf die Schule abgeleitet werden. Aber eine indirekte Verbindung mit Art. 48 bestehe doch. Die Abg. Rönneburg (Dem.) und Hörle (Komm.) verlangten vom Reichsinnenminister eine Interpretation des § 1 des Entwurfs. Staatssekretär Zweigert gab die Erklärung ab, daß bei der Formulierung des § 1 nicht daran gedacht war, den Eltern und Lehrern ein besonderes Recht zu geben. § 1 sei als Präambel mit von programmatischer Bedeutung. Bei der Abstimmung würden alle Abänderungsanträge der Sozialdemokraten und Kommunisten abgelehnt. § 1 Abs. 1 wurde darauf folgende Neufassung gegeben:

„Alle deutschen Volksschulen haben die gemeinsame Aufgabe, die schulpflichtige Jugend durch Unterricht auf der Grundlage des deutschen Kulturgesetzes im Geiste des deutschen Volkstums, der Volks- und Völkerverständigung zu körperlicher und geistiger Mächtigkeit heranzubilden und sie in Unterstützung und Ergänzung der von den Eltern zu leistenden Erziehung (Art. 120 Abs. 1) zu sittlich wertvollen Menschen und zu Staatsbürgern zu erziehen, die fähig und bereit sind, der deutschen Volksgemeinschaft zu dienen.“

Der 10. Jahrestag der Sowjetrepublik

II. Kowno, 7. Nov. Nach Meldungen aus Moskau begannen dort gestern vormittag die Feierlichkeiten aus Anlaß des 10. Jahrestages der Sowjetrepublik. Kalinin und Bucharin nahmen in Ansprachen zur politischen Lage Stellung. Sie stellten dabei fest, daß sich die allgemeine politische Lage der Sowjetunion ebenso wie die wirtschaftliche Lage gebessert hätten. Die Sowjetregierung werde neue Mittel für die Entwicklung der Agrarreform zur Verfügung stellen. Die Redner wiesen weiter auf die bevorstehende Einführung des 7. Ständigen Arbeitstages hin.

Stalin veröffentlicht in der „Prawda“ anläßlich des 10. Jahrestag der Sowjetunion einen Artikel, in dem er u. a. erklärt, die Oktoberrevolution habe bewiesen, daß das Proletariat mit dem gleichen Erfolg regieren könne wie die

bürgerliche Klasse. Die Front des Weltimperialismus sei völlig durchbrochen. Die kapitalistischen Länder seien gezwungen gewesen, Vereinbarungen mit der Sowjetregierung zu treffen. Die Oktoberrevolution habe auch den Kolonialvölkern gewisse Anregungen gegeben, die zu einer neuen Revolution führten, die man Kolonialrevolution nennen könne. Die Sowjetrepublik sei auch heute bereit, um ihre Existenz zu kämpfen. Aber auch der Weltkapitalismus habe den Kampf gegen die proletarische Diktatur noch nicht aufgegeben. Die Existenz der Sowjetunion beweise den Sieg über die europäische Sozialdemokratie. Die zweite Internationale sei vollkommen geschlagen.

Kommunistendemonstration in Berlin.

II. Berlin, 7. Nov. Die Kommunisten sowie der Rote Frontkämpferbund veranstalteten am Sonntagmittag aus Anlaß des 10jährigen Bestehens der Sowjetrepublik eine Demonstration im Lustgarten. Die kommunistischen Redner wiesen auf die Bedrohung Sowjetrußlands durch den Weltimperialismus hin und riefen zum Zusammenschluß des Proletariats gegen Kapitalismus und Sozialdemokratie, zur Erreichung der proletarischen Diktatur in Deutschland auf. Bei der Rückkehr einer kommunistischen Abteilung von der Kundgebung kam es zu schweren Zusammenstößen. Als Beamte der Schutzpolizei zur Festnahme eines Demonstranten schreiten wollten, wurden sie von den Kommunisten umringt, die mit Fahnenstangen und Stöcken auf die Beamten einschlugen. Dabei wurden einige Schutzpolizisten mehr oder minder schwer verletzt. Ein Polizeibeamter gab einen Schuß in die Luft ab, worauf es gelang, die Menge zu zerstreuen.

Später kam es in der Gegend der Martin-Dopitz-Straße zu einem Zusammenstoß zwischen demonstrierenden Kommunisten und Anhängern der SPD. Nach den Polizeiberichten versuchten Kommunisten die Kundgebung der SPD-Anhänger zu stören. Die Polizei griff ein, wurde aber von den Kommunisten angegriffen und ein Polizeibeamter mußte von seiner Waffe Gebrauch machen. Dabei wurde ein 20jähriger Kommunist durch einen Bruststich verletzt.

Aus aller Welt

Die Ueberschwemmungskatastrophe in Amerika.

Nach aus Neu-England eingetroffenen Nachrichten über die dortige Ueberschwemmungskatastrophe ist das große Wasserreservoir in der Nähe von Montpelier vollkommen zerstört worden. Die Umgebung der Stadt gleicht einem Binnenmeer. Das Wasser steht teilweise 4 Meter hoch. Man spricht bereits von 210 bis 235 Opfern der Ueberschwemmung. Auch die Umgebung des Ueberschwemmungsgebietes steht ganz im Zeichen der Katastrophe. Die Regierung des Staates Vermont hat den Kriegszustand erklärt. Lebensmittel und Wasser, die im Ueberschwemmungsgebiet sehr knapp sind, werden rationiert verteilt.

Die Unwetterkatastrophe in Neu-England geht vor allem darauf zurück, daß die Flüsse bereits durch anhaltenden Sommerregen sehr angeschwollen waren. Dazu kam dann, ein 24stündiger Wolkenbruch, der überall Dammbänke entstehen ließ. Im Staate Vermont sind auch die Städte Burlington und Rutland vollkommen überschwemmt. In Mitteleuropa sind auch der westliche Teil von Massachusetts und New-Hampshire. Die Ueberschwemmungen drohen auf die Staaten Newyork und Connecticut überzugreifen.

Hilfe für die Ueberschwemmungsgebiete.

Die Meldungen aus dem Ueberschwemmungsgebiet lassen keinen Zweifel, daß die Flüsse noch immer weiter steigen. Sämtliche tiefliegenden Gegenden der Staaten Vermont, Massachusetts, New-Hampshire, Connecticut, Rhode-Island, Maine und Newyork sind vollkommen geräumt. In Walpole steht das Wasser 7 Meter hoch, in Hartford (Connecticut) 4 Meter hoch. Ueberall sind Dämme gebrochen. Flugzeuge sind von Washington unterwegs, um Hilfe zu bringen. Ebenso sind auch die Regierungstruppen aufgebots worden. Das Rote Kreuz hat sich besonders der Lebensmittelversorgung angenommen. Die Zahl der Obdachlosen überschreitet bestimmt 10 000. Weitere Zehntausend können ihrer Arbeit nicht nachgeben, da ungezählte Fabriken, hauptsächlich Webereien, stillgelegt sind. In Kalifornien sind neue Erdstöße erfolgt. Einzelheiten fehlen noch.

Aus Stadt und Land

Calw, den 8. November 1927

Kleinkaliberschützenverein Calw.

Zum erstenmal seit seinem Bestehen hat der Kleinkaliberschützenverein Calw in diesem Jahre ein eigenes Preisschießen auf seiner Schießbahn im Deländerle abgehalten und hierbei sehr schöne Schießergebnisse erzielt. Dieses Herbstschlußschießen wurde am vergangenen Samstag und Sonntag beendet und durch eine kleine Feier im Gasthof zum „Röhle“ am Sonntag Abend beschlossen. Nach einem gemeinsamen Essen eröffnete Vorstand Reichmann den offiziellen Teil des Abends mit einer Ansprache, in welcher er besonders den erschienenen Gauleiter, Bezirksobmann Kühle willkommen hieß. Der Vorstand wies in seinen weiteren Ausführungen darauf hin, daß zwar die Pflege des Kleinkalibersports im Bezirk älter sei, wie die Aufnahme des Schießens mit Großkaliber, man aber infolge mangelnder Geldmittel bis heute die Abhaltung eigener Preisschießen nicht habe durchführen können. Besonderer Dank gebührt der Bezirksleitung des Württ. Kriegerbundes, die den Kleinkaliberschützen bisher die Möglichkeit zur Teilnahme an den Bundesschießen gegeben habe. Besonders erfreulich sei es, daß das 1. Preisschießen des Vereins auf die Initia-

tive der Jugend zurückzuführen sei und mit diesem frischen Zug ein lang gehegter Wunsch in Erfüllung gehe. Von nun an werde man auch die Beteiligung des Vereins an auswärtigen Schießens anstreben. Nach anerkennenden Worten über den Verlauf des Schlußschießens dankte der Vorstand den beiden hiesigen Kriegervereinen für ihre Mitwirkung sowie all den Helfern vom Schießleiter bis zum Zeiger für die geleistete Arbeit. Wenn auch die Kleinkaliberschützenvereine gleich den Turnvereinen nach schlichten Siegesauszeichnungen wie Kranz und Diplom strebten, so sei es doch heute infolge der dankenswerten Stiftung von Preisen durch die Bezirksleitung des Württ. Kriegerbundes sowie durch einige Freunde des Vereins möglich, eine Verteilung von Ehrenpreisen, -scheiben und Schützentälern vorzunehmen. Mit der Bitte an den Gauleiter, die Preisverteilung übernehmen zu wollen, dem Dank an die Spender der Ehrenpreise und einem Hoch auf den Schießsport schloß Vorstand Reichmann seine mit Begeisterung aufgenommenen Rede. Bezirksobmann Kühle fand hierauf Worte warmer Anerkennung für die guten Bestrebungen der jungen Schützen und die im Verein geleistete Arbeit. Allgemeines Bedauern erweckte die Mitteilung des Gauleiters, daß er sein Amt in die Hand des Vorsitzenden der württ. Sportverbände, General von Hoff zurückgegeben habe und heute zum letzten Mal als Gauleiter zum Verein spreche. Bei der sodann vorgenommenen Preisverteilung erhielten folgende Schützen Ehrenpreise und Diplome: 1. Preis Maier Karl mit 35 Ringen, 2. Schäfer sen. mit 34, 3. Schäfer jun. mit 32, 4. Bud Hermann mit 31, 5. Veigel sen. mit 31, 6. Braun Sigmund mit 31, 7. Pfizmaier W. mit 31, 8. Walther Karl mit 30, 9. Nagel August mit 30, 10. Weber Hugo mit 29, 11. Stopper Ernst mit 28, 12. Schäfer Walter mit 27, 13. Bauer Hermann mit 27, 14. Röhm Paul mit 27, 15. Veigel jun. mit 26, 16. Bauer Hans mit 26, 17. Waidelich Ernst mit 26, 18. Nelke Gustav mit 26, 19. Braun Robert mit 25, 20. Günther Karl mit 25 Ringen. Vier Ehrenscheiben wurden von Zollsekretär Veigel erschossen. Schützen taler erhielten: Nelke Gustav, Braun Sigmund, Schäfer sen., Maier Karl, Reichmann Karl, Veigel sen., Schäfer jun., Braun Robert, Bauer Hermann, Nagel August, Bud Hermann, Günther Karl, Pfizmaier W. Nach der Preisverteilung konnte Vorstand Reichmann die allerdings noch unbestätigte Mitteilung machen, daß mit ziemlicher Sicherheit angenommen werden könne, daß die diesjährige Landes- schießmeisterschaft für Kleinkaliberschützen dem Verein zufallen werde. Damit stünde der Kleinkaliberschützenverein Calw an der Spitze der über 1000 Kleinkaliberschützenvereine des Landes. Von einem Mitglied des Vereins wurde auf diese Mitteilung hin der beste Schütze, Vizevorstand Schreinermeister Schäfer sen., als voransichtlicher Landes-schießmeister durch Ueberreichung eines prächtigen Blumengebüdes unter dem Beifall der Versammelten geehrt. Der restliche Teil des Abends wurde bei Musikvorträgen und gemütlicher Unterhaltung in angenehmer Weise verbracht; die zahlreichen Teilnehmer schieden mit voller Befriedigung über den wohl gelungenen Verlauf der schönen Veranstaltung.



Sie wissen nicht was Sie zu Weihnachten schenken sollen

ziehen Sie den demnächst erscheinenden Weihnachtsanzeiger dieses Blattes zu Rate, Sie finden darin eine Menge Weihnachtsgeschenke angeboten.



Weiter für Mittwoch und Donnerstag.

Die Wetterlage wird jetzt vollständig von einer nördlichen Depression beherrscht. Für Mittwoch und Donnerstag ist bedecktes und zu Regenfällen geneigtes Wetter zu erwarten.

CEB. Pforzheim, 7. Nov. Ein Pforzheimer Auto traf am Samstag Abend auf der Straße von Herrenalb nach Frauenalb einen bewußtlosen und aus einer Kopfwunde blutenden, mitten auf der Straße liegenden Motorradfahrer an. Sein Rad lag abseits. Der Mann, der nach späterer Feststellung der 30 Jahre alte August Rudolph aus Herrenalb ist, war offenbar über einen vierkantigen Holzstoß gestürzt, der anscheinend in böswilliger Absicht in den Weg gelegt war. Der Verunglückte wurde ins städt. Krankenhaus Etklingen gebracht, wo eine Gehirnerschütterung festgestellt wurde.

CEB. Schmie, M. Maulbronn, 7. Nov. Heute früh brach im Anbau des Zimmermanns Ludwig Erber Feuer aus. Wohnhaus und Scheuer standen bald in Flammen. Die Autospritze von Mühlacker war rasch zur Stelle. Das Feuer konnte auf seinen Herd beschränkt werden. Entstehungssache ist nicht bekannt.

CEB. Stuttgart, 7. Nov. Von zuständiger Seite wird mitgeteilt: Der Gefallenenedenktag ist durch Beschluß des Staatsministeriums auf Sonntag, den 20. November festgesetzt worden. Am Vorabend dieses Tages, der in diesem Jahr in Württemberg zum ersten Mal allgemein gefeiert wird, beabsichtigt die württ. Regierung und die Stadtverwaltung Stuttgart eine Totengedenkfeier auf dem Hofe des Neuen Schlosses abzuhalten. Nähere Einzelheiten werden noch bekanntgegeben.

CEB. Stuttgart, 7. Nov. Am Samstag mittag sprang im Hauptbahnhof ein Arbeiter kurz vor einem herannahenden Zug übers Gleis und wurde vom Zug erfaßt. Er kam unter den Zug zu liegen, erlitt aber glücklicherweise nur eine nicht lebensgefährliche Verletzung am Hinterkopf. Der ganze Zug fuhr über ihn weg.

CEB. Stuttgart, 7. Nov. Anlaßlich des Zehn Jahrestages der russischen Oktoberrevolution veranstalteten am Samstag und Sonntag die hiesigen Kommunisten große Feiern mit Umzügen, die ohne Zwischenfälle verliefen. Die Polizei hatte ausreichende Vorsichtsmaßregeln getroffen.

CEB. Horb a. N., 7. Nov. Infolge eines Rohrbruchs ist die ganze obere Stadt, soweit sie an die Hochdruckleitung angeschlossen ist, seit Freitag Abend ohne Wasser. Nun kommen plötzlich die schönen alten Stadtbrunnen wieder zu Ehren.

CEB. Schramberg, 7. Nov. Am Samstag vormittag fand im Rathausaale eine Trauerfeier für den verstorbenen Dr. Jungmans statt. Gemeinderat und Beamenschaft sowie Angestellte der Firma und Kreise der Bevölkerung hatten sich zu der Sitzung eingefunden, in der Oberbürgermeister Dr. Ritter dem Verstorbenen einen warmen Nachruf widmete.

Geld-, Volks- und Landwirtschaft

Berliner Briefkurse.

100 holl. Gulden.	169,09
100 franz. Franken	16,46
100 schweiz. Franken	80,86

Börsenbericht.

CEB. Stuttgart, 7. Nov. Die Börse lag heute wiederum sehr schwach und die Kurse gaben erneut und zwar in stärkerem Maße nach.

Schwarzer Tag an der Berliner Börse.

II. Berlin, 8. Nov. Die Veröffentlichung der Denkschrift des Reparationsagenten brachte an der gestrigen Berliner Börse den Ernst der Lage zum Ausdruck. Der erste Tag der Woche brachte scharfe Kursrückgänge, die an den Terminaktienmärkten im allgemeinen 5-10, bei zahlreichen Papieren aber 15-30 Prozent betragen. Die Verkäufe wären zweifellos noch schärfer gewesen, wenn nicht vereinzelt Deckungskäufe stattgefunden hätten. Im internationalen Devisenverkehr zog das englische Pfund auf 4,97 gegen Newyork an. In Berlin waren Dollars gesucht, der Kurs daher leicht befestigt.

Die Newyorker Börse bleibt fest.

II. Newyork, 8. Nov. Abgesehen von ganz geringfügigen Schwankungen nach unten, die bei wesentlichen deutschen Papieren den Bruchteil eines Fünftels darstellten, reagierte die Newyorker Börse nicht auf Gilberts Memorandum, was als ein Zeichen dafür angesehen wird, daß die amerikanischen Geldgeber im Gegensatz zu Parker Gilbert die deutschen Anleihen für zu gesund halten, als daß sie ernstlich gefährdet werden könnten.

Produktenbörse und Marktberichte

des Landwirtschaftlichen Hauptverbandes Württemberg und Hohenzollern E. B.

L. C. Berliner Produktenbörse vom 7. November.

Weizen märk. 239-242, Roggen märk. 231-235, Gerste 220-223, Hafer märk. 195-207, Mais prompt Berlin 191 bis 193, Weizenmehl 81-84,25, Roggenmehl 81,50-83,25, Weizenkleie 14,50-14,75, Roggenkleie 14,75-15, Raps 335 bis 345, Viktoriaerbsen 52-57, fl. Speiseerbsen 33-37, Futtererbsen 22-24, Pelusiken 21-22, Ackerbohnen 22-23, Wicken 22-24, blaue Lupinen 13,75-14,50, gelbe 14,75 bis 15,50, Rapskuchen 15,90-16,20, Leinkuchen 20,30-20,50, Trodenkühnel 10,70-10,80, Sojabohnen 20-20,40, Kartoffelflocken 22,75-34 M; allgemeine Tendenz: ruhig.

Landesproduktenbörse.

CEB. Stuttgart, 7. Nov. Infolge der täglich schwankenden Kurse der amerikanischen Terminbörsen und der widersprechenden Ernteberichte von Argentinien verkehrt der Getreidemarkt in abwartender Haltung. Der Geschäftsgang ist schleppend, bei ziemlich stabilen Preisen. Es notierten je 100 Kg.: Auslandsweizen 20-31,25 (letzter Markt: 29 bis 31,25); württ. Weizen 24,25-27,50 (unv.); Sommergerste 24 bis 26 (unv.), Ausflüchware in Sommergerste 26-28 (unv.), Roggen 24-26 (unv.), Hafer 18-22,50 (unv.), Wiesenheu 5,75-6,50 (unv.), Kleehen 6,25-7,50 (unv.), drahtgepreßtes Stroh 3,60-4 (unv.), Weizenmehl 39,50-40 (39,75-40,25), Brotmehl 31,50-32 (31,75-32,25), Kleie 12,50-12,75 (unv.).

Calwer Wochenmarkt.

Kartoffeln 5 M, Landkraut 3 M je der Zentner, Rotkraut 12-15 S, Weißkraut 10-12 S, Wirsing 12-15 S, Spinat 30-40 S, gelbe Rüben 15 S, Karotten 10 S, Tomaten 35 S, Zwiebel 15 S je das Pfund, Rosenkohl 15-30 S, Endivien 8-20 S, Kopfsalat 10-12 S, Blumenkohl 0,20-1 M, Sellerie 5-10 S je das Stück, Keffel 12-17 S, Birnen 10-20 Pfennig, Handelseier 14-15 S, frische Eier 16-17 S, Tafelbutter 1,70-1,80 M, Landbutter 2-2,20 M.

Die örtlichen Kleinhandelspreise dürfen selbstverständlich nicht an den Börsen- und Großhandelspreisen gemessen werden, da für jene noch die sog. wirtschaftlichen Verlebstosten in Aufschlag kommen. D. Schmitt.

Ämtliche Bekanntmachungen.

Maul- und Klauenseuche.

In Calmbach O. Neuenbürg ist die Maul- und Klauenseuche ausgebrochen.

Calw, den 7. November 1927.

Oberamt: Nagel.

Ich empfehle mein reichhaltiges Lager in



Puppenwagen

zu bekannt billigen Preisen

Paul Binder

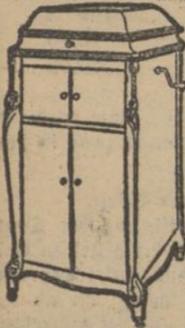
Korb- und Kinderwagen-Geschäft
(Franks Nachfolger)

Puppenwagen-Reparaturen
bitte ich jetzt schon vornehmen zu lassen.

Große Auswahl in den verschiedensten

Musik-Apparaten

wie



Grammophon-Polyphon
Majestrola-Odeon
Electromophon-Pax

sowie

Platten und Nadeln
finden Sie bei

Ernst Kirchherr, Calw

Buch- und Musikalienhandlung
Fernsprecher 155



Lampenschirm-Gestelle:

30 Zentimeter Durchmesser 1,20 Mk.
50 " " " 2,00 Mk.
60 " " " 2,60 Mk.
70 " " " 3,40 Mk.

Ia. Japanseide 80 cm breit 4,80 Mk. in vielen
Farben, Ia. Seidenstoffe 1,80 Mk. sowie sämtliche
Besatzartikel in größter
Auswahl. Ferner
und Beleuch-
tungshäuser, Neuüberziehen
von Lampen-
schirmen

Wunderausstellung: Lederstühle Nr. 98. Auf
Wunsch wird die Installation
der Lampen ausgeführt.

Verkauf bei: Maxia Fuhs, Hermannstr. 85B.



Klapphüte Herrenhüte

Neueste Formen und Farben
Reiche Auswahl Billige Preise

W. Schäberle

Spezialhaus
für Hüte und Mützen

Gestrichte Sweteranzüge

für Knaben in vielen Farben

bis 3 Jahre alt Größe 1 6.20, 6.75, 7.10, 7.70, 8.80, 9.—, 9.45, 9.75, 10.50,
10.60, 10.80, 11.40, 12.70, 13.50, 14.50, 15.50, 15.80,
16.40, 16.50, 16.80, 16.90

bis 5 Jahre alt Größe 2 7.—, 7.20, 7.50, 7.80, 8.40, 8.80, 9.50, 9.70, 9.90,
10.50, 10.80, 11.80, 12.—, 12.60, 14.20, 15.10, 15.50,
15.80, 15.90, 17.70, 18.—, 18.30

bis 7 Jahre alt Größe 3 7.70, 7.80, 8.—, 8.25, 8.60, 9.20, 10.40, 10.75, 11.50,
11.85, 13.—, 16.—, 16.50, 16.90, 17.50, 20.—

bis 9 Jahre alt Größe 4 8.50, 9.—, 9.30, 9.50, 11.80, 12.—, 12.60, 12.90, 13.60,
14.—, 16.10, 16.80, 17.50, 18.80, 19.20, 21.40, 21.70

bis 11 Jahre alt Größe 5 bis M 21.65 bis 14 Jahre alt Größe 6 bis M 23.45

Paul Räuchle, a. Markt, Calw

Wandspraybretter
mit religiösen u. weltlichen
Sprüchen, fertig ausgeführt
in Holzbrand u. feine Hand-
malerei, in allen Größen u.
Preislagen finden Sie bei
Herm. Fischer
Liebhäberkünst
Calw, Badstraße 380.

Stickereien
Klöppelspizen
Taschentücher
in schöner Auswahl
Geschw. Stanger
Ob. Marktstr. 23.

Morgen von 1/9 Uhr ab
großer Obstmarkt
Sehr schöne Tafeläpfel
10 Pfd. M 1.—, 1.20 u. 1.40
sowie zum Einlegen bestes
Sottwärtler Edelobst
Goldparmanen, Bos-
kop, Renetten, Luigen
u. m.
Frische Eier 10 St. M 1.40
Einkeller zum Sieden u.
Rohessen 10 St. M 1.55,
bei 100 Stück 1/3 billiger.
Bergamotte - Bienen,
5 Pfd. 75 ct u. 5 Pfd. M 1.—

Consum-
Verein Calw

G. E. G.

Teigwaren

sind die Besten:

Eier-Bruch-
Macaroni
Pfund 60 Pfennig

Eier-
Schnittnudeln
Pfund 64 Pfennig

Eier-
Fadennudeln
Pfund 70 Pfennig

Ia. Spaghetti
Pfd. 50 Pfg.

Warme Bettlüber

140/200 cm groß, Mk. 2.75, 4.50, 5.00,
5.25, 5.50, 6.00

Paul Räuchle, am Markt, Calw.



Gemüse-Konserven

neuer Ernte

in großer Auswahl eingetroffen

Consumverein.

Neue

Linien

1 Pfd. 25 Pfg.
empfiehlt

G. Wurster

Röhm's Nachfolger.

Puppen

aller Art repariert
S. Obermatt
Friseurgeschäft
b. Adler, Telefon 240

Habe im Auftrag eine
preiswerte

Küchen- einrichtung

zu verkaufen.
Ernst Bräuning, Altburg
10 Str.

Mostobst

kauft.
Wer sagt die Geschäfts-
stelle ds. Bl.

Intelligenter Junge kann
sodort in

Friseur- lehrstelle

eintreten bei
Wilhelm Straub,
Friseurmeister
Ditzingen b. Stuttgart.

Suche

zirca Mt. 4000

Sicherheit erstklassig, und
hoher Zins wird zugesichert.
Diskretion Ehrensache.
Angebote unter P. R. 200
an die Gesch.-St. ds. Bl.



Consum-
Verein Calw.

Neue

getrocknete Früchte

Mandel 100 g 40 ct

Hajelnuß 100 g 32 ct

Rohosnuß 100 g 12 ct

Sultaninen 100 g 16 ct

Rosinen 100 g 12 ct

Corinthen 100 g 16 ct

Feigen 15 und 30 ct

Tafeläpfel 15 ct

Die unentgeltliche Beratung Lungenkranker findet
in der Sprechstunde der

Tuberkulösenfürsorgestelle

am Mittwoch, den 9. November 1927, nachmittags 2
bis 1/4 Uhr in der Wohnung des Oberamtsarztes in der
Panoramastraße statt.

Ottenbronn, den 7. November 1927.

Dankagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Liebe
und Teilnahme bei dem so schweren Verluste
unseres lieben Kindes

Hans



sprechen wir auf diesem Wege unseren herz-
lichsten Dank aus.

Die trauernden Hinterbliebenen:
Gottlieb Charrier mit Familie.

Würgbach, den 7. November 1927.

Dankagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Liebe
und Teilnahme, die wir bei dem Hinscheiden
meiner lieben Frau, unserer lieben Mutter,
Schwiegermutter und Großmutter

Anna Maria Schanz

geb. Maissenbacher



erfahren durften, sprechen wir unseren
herzlichsten Dank aus.

Im Namen der trauernden
Hinterbliebenen

der Gatte: Jakob Schanz,
früherer Postbote.



Das dankbare Seifenpulver

Größte Ergiebigkeit und her-
vorragende Waschwirkung!
Dixin ist für jedes Wasch-
verfahren geeignet. Beson-
ders vorteilhaft auch für
die Maschinenwäsche!

Und zum Bleichen-Sil!

3 schöne, sommerliche

Zimmer

mit Separat-Eingang und
Kochgelegenheit hat sofort
oder später zu vermieten.
Wer, sagt die Geschäftsst.
ds. Bl.

Stammheim.

Einen gut erhaltenen

Leiterwagen

45-50 Str. Tragkraft
steht dem Verkauf aus
Günther Witwe.

FR. DONGUS CALW

Telefon Nr. 161

Marktplatz 55

Alleinverkauf
der beliebten Marke
SALAMANDER



Best-
eingichtetes
Schuhgeschäft

Großes Lager in Schuhwaren für jeden Stand und Beruf.

Besonders empfehle ich die erprobten

Fußarzt-Stiefel und -Schuhe

für empfindliche Füße;

sowie für die kommende Jahreszeit wasserdichte

Tourenstiefel für Erwachsene und Kinder.

Winterschuhwaren in Kamelhaar u. Filz, besetzt u. unbesetzt;
nur erstklassige Ware aus erster Hand zu mäßigen Preisen.

Maßarbeit und Reparaturwerkstätte